

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 25. Mai 2011

### 1375. 2010/495

**Weisung vom 26.11.2010:**

**Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistenzdienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss**

Antrag des Stadtrats

1. Die Immobilien-Bewirtschaftung wird ermächtigt, mit Schäppi Grundstücke Verwaltungen KG einen Mietvertrag über 227 m<sup>2</sup> Bürofläche und zwei Parkplätze für Zwecke der Stadtpolizei in der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 79 680.–, zuzüglich Nebenkosten a conto von Fr. 2640.–, ab 1. Mai 2011 mit einer festen Dauer bis 30. September 2016 und einer Option für weitere zwei mal fünf Jahre abzuschliessen.
2. Für den Ausbau im Erdgeschoss der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 855 000.– (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2011 der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein zusätzlicher Kredit auf folgendem Konto bewilligt:  
Konto Nr. 4040500163, Immobilien-Bewirtschaftung Fr. 855 000  
Einbauten in von der Stadt gemieteten Liegenschaften, Sammelkonto

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Mario Mariani (CVP):** Die Stadtpolizei benötigt neue Räumlichkeiten, um eine zentrale Ausweisverluststelle zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen zwei weitere Räume in einer Liegenschaft bezogen werden, in der die Stadtpolizei bereits eingemietet ist. Die Miete für die zusätzlichen Büros müsste seit Anfang des Monats laufen, die Weisung konnte aber erst kürzlich, nach Einsicht der IMMO-Strategie, in der Kommission abgeschlossen werden. Da hauptsächlich bestehendes Personal des Polizeilichen Assistenzdienstes in diesem administrativen Zusammenzug wirken soll, erhöht sich die Kapazität der uniformierten Polizei auf der Strasse. Natürlich kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner, jede und jeder Auswärtige auch von daheim mittels E-Commerce eine Verlustanzeige aufgeben. Für diejenigen, die keinen Computer haben, erleichtert eine einzige Anlaufstelle aber aufwendige Bürokratie und führt zu schnelleren Ergebnissen. Ich bitte alle Ratsmitglieder deshalb dieser Weisung zuzustimmen.

**Dr. Richard Wolff (AL):** Diese Weisung ist der Anfang eines schleichenden Abbaus der Polizeiposten in den Quartieren, daraus resultiert ein sinkender Qualitätsverlust. Der geplante Ausbau des Anzeigenbüros lässt darauf schliessen, dass zukünftig auch für weitere Delikte die Zentralstelle aufgesucht werden muss. Dabei geht die BürgerInnen-nähe und die Kundenfreundlichkeit verloren. Es heisst, die Anlaufstelle sei gut erschlossen, aber direkt vor dem Haus findet sich keine Tram- oder Bushaltestelle. Vielleicht wird für die Zentralisierung kein zusätzliches Personal benötigt, jedoch sicherlich mehr Mietfläche. Rechnet man die Kosten hierfür auf ein Jahr hoch, könnten mit dem Geld schon zwei ganze Polizeistellen geschaffen werden. Aus diesen Gründen empfehlen wir die Vorlage zur Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bisher wurden pro Jahr ungefähr 5000 Ausweisverluste in der Stadt Zürich angezeigt. Eine Person könnte diese Meldungen innert eines Jahres abarbeiten. An der Schaffhauserstrasse soll aber nicht nur ein Schalterraum für zwei Personen bezogen werden, sondern ausserdem ein Schreibraum für zwei bis vier Arbeitsplätze und ein Rapportraum für zwanzig bis dreissig Personen. Gemessen an der tatsächlichen Arbeitsbelastung von drei bis vier Anzeigen täglich, ist diese Zentralstelle überdimensioniert und überteuert. In Tat und Wahrheit geht es nur darum, den MitarbeiterInnen des Polizeilichen Assistenzdienstes einen Raum zu bieten, damit sie ihre Rapporte nicht mehr auf dem Gang schreiben müssen. Die SVP-Fraktion lehnt die Weisung ab, das teure Ausbreiten der Bürokratie muss bekämpft werden.

**Heinz F. Steger (FDP):** Hier geht es nicht um die Quartierwachen, sondern darum, das Polizeipersonal auf den Regionalwachen zu entlasten. Es ist nicht zumutbar, dass eine Bewohnerin, ein Bewohner des Triemli-Quartiers an eine zentrale Anlaufstelle verwiesen wird. Die Quartierwachen müssen solche Kleinanzeigen weiterhin entgegennehmen, so steht es in der Weisung. Die FDP-Fraktion unterstützt diese und damit auch die Ziele der Stadtpolizei: Vermehrte Präsenz im Revier, Reduktion der Administration und Effizienzsteigerung. Wir sind aber auch der Meinung, dass man mit der Zeit gehen muss, weshalb alles auf eine vollständige Elektronisierung ausgerichtet sein sollte.

**Thomas Schwendener (SVP):** Ist es nicht eine Kernaufgabe jeder Polizistin und jedes Polizisten, eine Anzeige entgegenzunehmen? Die Stadtzürcher Bevölkerung versteht nicht, warum sie aus ihrem Wohnquartier heraus zu einer zentralen Ausweisstelle fahren muss, um einen Verlust anzumelden. Weniger aufwendig und billiger wäre es, einen PC in jedem Wachposten zu installieren und der Bevölkerung für eine Verlustmeldung frei zugänglich zu machen.

**Christoph Gut (SP):** Die ganze polizeiliche Administration wäre zentralisiert, es müsste nur an einem Ort Pikettdienst geleistet werden, die Wachen würden entlastet. Polizeipersonal, welches aus unterschiedlichen Gründen auf einer Regionalwache nicht einsetzbar ist, könnte hier gezielt beschäftigt werden. Die Effizienz spricht für sich, weshalb die SP-Fraktion die Vorlage gutheisst.

**Niklaus Scherr (AL):** Zentralisierungen, bei denen alle Kompetenzen zusammengefasst werden um andere Stellen zu entlasten, schaffen meist einfach nur eine zweite Struktur. Ältere Personen sollen laut Weisung nicht an die Schaffhauserstrasse müssen, um eine Verlustanzeige zu machen. Doch wann ist ein älterer Mensch alt oder nicht mehr fit genug, um im eigenen Quartier auf die Wache gehen zu dürfen? Ein Modell muss in sich stringent sein und funktionieren, entweder gehen alle dorthin oder niemand. Halbheiten und Ausnahmen sollte es keine geben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Es ist ein grundsätzliches Problem, dass unsere Uniformpolizei zu viel mit Rapportieren beschäftigt ist. Die Stadtpolizei hat ihre Leute aber dafür ausgebildet, auf der Strasse präsent zu sein und wenn nötig dort zu intervenieren. Personal aus dem Polizeilichen Assistenzdienst könnte das Massengeschäft Ausweisverlust übernehmen und so effizienter bearbeiten. Falls StadtbewohnerInnen nicht mehr auf ihrer Kreiswache eine Anzeige machen könnten, wäre dies in der Tat ein Leistungsabbau. Dem ist aber nicht so. Die Regionalwachen mit ihrem 24-Stunden-Betrieb sollen unterstützt werden. Dort wird dem Personal ein teurer Nachtzuschlag gezahlt, nur damit ein Ausweisverlust protokolliert werden kann. Man darf nicht ständig Entlastung fordern und das erste Projekt dann gleich ablehnen. Der Stadtrat bittet deshalb, dieser Weisung zuzustimmen.

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Referent; Jacqueline Badran (SP), Michael Baumer (FDP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Beatrice Reimann (SP), Christine Seidler (SP), Heinz F. Steger (FDP)
Minderheit:	Walter Angst (AL) i.V. von Dr. Richard Wolff (AL), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 27 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Immobilien-Bewirtschaftung wird ermächtigt, mit Schäppi Grundstücke Verwaltungen KG einen Mietvertrag über 227 m<sup>2</sup> Bürofläche und zwei Parkplätze für Zwecke der Stadtpolizei in der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 79 680.–, zuzüglich Nebenkosten a conto von Fr. 2640.–, ab 1. Mai 2011 mit einer festen Dauer bis 30. September 2016 und einer Option für weitere zwei mal fünf Jahre abzuschliessen.

4 / 4

2. Für den Ausbau im Erdgeschoss der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 855 000.– (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2011 der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein zusätzlicher Kredit auf folgendem Konto bewilligt:  
Konto Nr. 4040500163, Immobilien-Bewirtschaftung Fr. 855 000  
Einbauten in von der Stadt gemieteten Liegenschaften, Sammelkonto

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juni 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. Juni 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat